

Mit Militarisierung und Gewalt blockiert die Regierung Verhandlungen

Kommuniqué des Landesweiten Streikkomitees vom 30. Mai 2021

32 Tage nach Beginn der massiven Proteste im ganzen Land, in denen die Kolumbianer*innen eine Lösung für die Nöte, die uns bedrängen, fordern und demokratische Wege verlangen, gehört zu werden, stellt sich die nationale Regierung weiterhin taub. Bis heute wollte sie keinen Verhandlungsprozess mit den sozialen Sektoren etablieren, die Forderungen hinzufügen, die bei den Demonstrationen eingebracht werden. Sie schweigt nicht nur zu den berechtigten Forderungen der Bürger, sondern verzögert auch die Unterzeichnung eines Abkommens von Garantien, das den Weg zu Verhandlungen ermöglichen würde, als einem vernünftigen Weg, die berechtigten Gründe für die Proteste anzuhören und zu lösen.

Die Regierung ist stattdessen mit Hass, stigmatisierenden Äußerungen und militärischem Vorgehen gegen diejenigen vorgegangen, die das legitime Recht auf Protest wahrnehmen. Die Tausenden von Verhaftungen, die Hunderte von Verletzten, davon 51 mit Augenverletzungen, und die mehr als 70 Getöteten, von denen 14 in der Nacht zum Freitag in Cali von der Polizei und von Personen in Zivil, die Polizisten begleiteten, getötet wurden, zeigen den entfesselten Horror, der in keinem demokratischen Staat zulässig ist. Ebenso schweigen der Präsident der Republik und die Regierung weiterhin Komplizenhaft zur exzessiven Gewaltanwendung der Polizei, der ESMAD (Militärpolizei d.Ü.), als auch zu den Angriffen von zivilen Gruppen, die an der Seite von staatlichen Akteuren gegen diejenigen von uns agieren, die das Recht auf Protest ausüben.

In den letzten zwei Tagen ist die vorgetäuschte Verhandlungsbereitschaft der Regierung - Ergebnis der eindringlichen sozialen Proteste und des internationalen Drucks - völlig verschwunden. Dies kommt an folgenden Beispielen klar zum Ausdruck: Der Innenminister entthob zwei Vizeminister des Amtes, die bereits ein Abkommen zur Erleichterung der Straßenblockade in Buenaventura unterzeichnet hatten. In einer Ansprache in Cali kündigte der Präsident den größten Militäreinsatz im Südwesten des Landes an. Der Justizminister Wilson Ruiz bekräftigt, dass es sich bei den Protesten um eine Strategie der Diffamierung des kolumbianischen Staates handelt und dass die Todesfälle unter den Demonstranten auf einzelne Vorfälle wie Straßenkämpfe, Raubüberfälle usw. zurückzuführen sind. Und der Berater für Stabilisierung, Emilio Archila, weist in einem Interview darauf hin, dass die Blockaden illegal sind und sofort aufgehoben werden müssen, um Verhandlungen beginnen zu können.

In der Nacht auf Freitag erfuhr das Land vom Dekret 575, das acht Gouverneuren und 13 Bürgermeistern die Anforderung von Militärhilfe vorschreibt. Es handelt sich um eine Art partiellen de facto Ausnahmezustand, der die verfassungsmäßige Kontrolle umgeht, das Militär in den Umgang mit dem Protest einbezieht und die zivilen Behörden den militärischen Befehlshabern unterordnet und somit einem Staatsstreich gleichkommt. In dieser Hinsicht sind die jüngsten Erklärungen der CIDH (Interamerikanische Menschenrechtskommission) sehr aufschlussreich: Sie "bekräftigt die internationalen Verpflichtungen des Staates im Bereich der inneren Sicherheit, und die interamerikanischen Standards, die verfügen, dass die Beteiligung der Streitkräfte an Sicherheitsaufgaben eine Ausnahme, untergeordnet, ergänzend, reguliert und kontrolliert sein muss", und "dass die Staaten das Recht auf sozialen Protest respektieren, schützen, erleichtern und fördern müssen und dass jede legitime Gewaltanwendung die Prinzipien der Legalität, absoluten Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit beachten muss".

Die Eskalation der militärischen und polizeilichen Maßnahmen verschlimmert die ohnehin schon sehr heikle Menschenrechtssituation und blockiert und vereitelt die Bemühungen um Verhandlungen, indem sie eine Lösung, die in jedem Fall auf dem Verhandlungsweg erfolgen wird, unnötig und zu sehr hohen Kosten hinauszögert.

Nach sechs Tagen schickte uns die Regierung heute Früh Anmerkungen und Anpassungen zur Vorvereinbarung über Protestgarantien, die wir nach 9 Tagen der Sondierung und Konsultation am vergangenen Montag, dem 24. Mai, abschließen konnten. Mit den "Anpassungen" will die Regierung, dass wir die Diskussion neu beginnen, sie nimmt entscheidende Punkte heraus, über die wir Einigkeit erzielt hatten, wie die Entmilitarisierung und die Nichtverwendung von militärischer Unterstützung für Proteste, die Autonomie der lokalen Behörden bei der Verwaltung von Protesten, die Nichtverwendung von Schusswaffen bei Protesten, die Ausnahmeregelung und die Grenzen für das Eingreifen der ESMAD, die Eröffnung einer Debatte über eine Polizeireform, die Nutzung von Instrumenten des Friedensabkommens (mit der Guerilla FARC, d.Ü.), für die Lösung dieses Konflikts, Erklärungen, die Menschenrechtsverletzungen und Stigmatisierung bei den Protesten verurteilen, und die Einrichtung einer Kommission, die dieses Abkommen weiterverfolgen würden, u.a.. Darüber hinaus fordert die Regierung, dass das Nationale Streikkomitee, die temporären Straßensperren, fälschlicherweise als "Blockaden" bezeichnet, zu verurteilen und zu kriminalisieren habe.

Es geht nicht um redaktionelle Anpassungen, wie die Regierung vorgibt, es geht darum, die getroffene Vorvereinbarung rückgängig zu machen und damit jede Möglichkeit der Verhandlung zu verbauen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Regierungskommission unter der Leitung des Friedenskommissars (bei den Verhandlungen mit der FARC, d.Ü.) die Minister für Arbeit, Wohnungsbau und Inneres, der Berater für Menschenrechte, die Unterdirektion für Planung, Beamte des Verteidigungsministeriums und der Nationalen Polizei sowie eine große Anzahl von Beratern aus verschiedenen Ministerien angehörten und dass jedes Wort, jede Zeile und jeder Absatz, auf den man sich einigte, von ihnen intensiv diskutiert und beraten wurde. Dies lässt den Schluss zu, dass diese Art Verhandlungsbereitschaft des früheren Friedenskommissars in der nationalen Regierung nicht mehr vorhanden ist und dass eine Politik des Krieges gegen den Streik durchgesetzt wurde.

All dies deckt sich mit Erklärungen des ehemaligen Präsidenten Uribe in einem Interview mit einer spanischen Zeitung, in dem er feststellt, dass es Präsident Duque an Entschlossenheit im Umgang mit dem Streik mangle, und dass die Erklärung der Regierungspartei, „Demokratischen Zentrum“, in der sie die Militarisierung fordern und jede Verhandlung mit dem Nationalen Streikkomitee ablehnt.

Das Nationale Streikkomitee begrüßt die Erklärungen des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs überein, in denen er auf "die Notwendigkeit hinweist, den Dialog als grundlegendes Instrument zur Lösung von Konflikten zu stärken", und die Erklärung von 17 Botschaftern der Europäischen Union, in der es heißt, "wir unterstützen Dialog und Verhandlungen als einzigen Weg für eine nachhaltige Lösung der Krise". Wir begrüßen und unterstützen auch die Gouverneure und Bürgermeister, die ihre Ablehnung des Dekrets 575 (Einsatz des Militärs, d.Ü.) zum Ausdruck gebracht haben und ihre Ankündigung, weiterhin den Weg des Dialogs zu suchen.

Wir sind überzeugt, dass wir im Rahmen des sozialen und demokratischen Rechtsstaates diesen Konflikt durch Dialog und Verhandlungen lösen können, und wir fordern, dass die am 24. Mai getroffene Vorvereinbarung von Garantien unterzeichnet wird, von der Regierung und denjenigen, die diesen Dialogprozess begleiten, Pater Héctor Fabio Henao von der Bischofskonferenz, Carlos Ruiz Massieu, Leiter der UN-Verifizierungsmission, und Julieth de Rivero, Leiterin des Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Kolumbien.

Der landesweite Streik geht weiter, und aus diesem Grund werden wir zu den größten organisierten und friedlichen Mobilisierungen unserer Geschichte aufrufen, um einen bedeutenden Dialog mit der Jugend und der Gesellschaft über die Agenden für Veränderungen zu

fördern, die die Bürger auf der Straße fordern, und um zu einem sozialen und politischen Gipfel zur Verteidigung der Demokratie aufzurufen.

iiiA PARAR PARA AVANZAR!!!

iiiVIVA EL PARO NACIONAL!!!

COMITÉ NACIONAL DE PARO

Bogotá, 30 de mayo de 2021

ANHALTEN UM VORANZUKOMMEN!!!

ES LEBE DER NATIONALSTREIK!!!!

NATIONALES STREIKKOMITEE

Übersetzung: Margaret Buslay, Beatrix Sassermann

Quelle: <https://cut.org.co/con-militarizacion-y-violencia-el-gobierno-nacional-bloquea-la-negociacion/>